Arbeitszeit,

Arbeitslohn u. Arbeitsleistung

im oberschlesischen Steinkohlenbergbau

in den Jahren 1914 bis 1924.

Auszug aus einer Schrift

zur Erlangung der Würde eines Doctor rerum politicarum

bei der

rechts- u. staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Schlesischen Friedrich Wilhelms-Universität zu Breslau.

Vorgelegt von

Dorothee Zimmer-Vorhaus

in Breslau.

Breslau 1924.

Druck von Hermann Hold, Reichenbach in Schlesien.

Gedruckt
mit Genehmigung der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Breslau.
Referent: Professor Dr. H e s s e.

Die Tatsache des Rückganges der deutschen Kohlenproduktion beschäftigt seit dem Kriege die weitesten Kreise. Die verschiedensten Ursachen wurden — je nach dem politischen Standpunkt des Urteilenden — hierfür verantwortlich gemacht. Die Gewinnung der Kohle ist aber ein derartig komplizierter Prozeß und hängt von soviel Faktoren ab, daß es unmöglich ist, irgendeine einzige Ursache für den Rückgang anzugeben.

Es soll hier der Versuch gemacht werden, die wichtigsten Faktoren, ihre Veränderungen seit dem Friedensstande und ihre Einwirkung auf die Kohlengewinnung zu untersuchen. Die Verhältnisse im Steinkohlenbergbau Oberschlesiens wurden dieser Untersuchung zugrunde gelegt.

Hierbei werden mit A. Herbig und Zwiedineck sachliche und persönliche Faktoren unterschieden. Die sachlichen sind einmal von der Natur gegebene, wie Boden- und Lagerungsverhältnisse, und dann durch die Art des Betriebes bedingte, wie z. B. Fragen der Technik und des Arbeitsmarktes. Beide zusammen ergeben die Leistungsmöglichkeit. Neben diesen sachlichen Faktoren steht der Leistungsaufwand des Arbeiters, seine physische Kraft, also seine Leistungsfähigkeit, bedingt durch soziale Lage, Ernährungs- und Lohnverhältnisse, Arbeitsdauer u. a. mehr, und seine Leistungswilligkeit, d. h. seine seelische Einstellung zu seiner Arbeit. Die beiden Faktoren Leistungsmöglichkeit und Leistungsaufwand ergeben den Leistungserfolg, die tatsächlich geleistete Arbeit.

Leistungsmöglichkeit.

Von den Bestimmungsgründen der Arbeit im Bergbau scheiden die von Natur gegebenen, nämlich Boden- und Lagerungsverhältnisse aus dieser Untersuchung aus, weil sie in den letzten 10 Jahren keinen Veränderungen unterworfen waren. Um so schwerwiegender waren die Einflüsse, unter denen die Betriebsführung stand. Während des Krieges waren die Werksverwaltungen genötigt, weniger dringende Arbeiten, vor allem Ausbesserungen, zurückzustellen, um die eigentliche Kohlengewinnung fördern zu können. Nach dem Kriege mußte ein großer Teil der Belegschaft dazu verwandt werden, diese Arbeiten nachzuholen; diese Kräfte wurden der eigentlichen Förderung entzogen. Andere Schwierigkeiten, die der Krieg mit

sich brachte, wie Mangel an Sprengstoffen, Dichtungsmitteln und Maschinenersatzteilen, konnten nach Kriegsende allmählich behoben werden. Außerdem machte die Verbesserung der technischen Anlagen Fortschritte. Die Leistung der auf den Gruben in Betrieb befindlichen Dampfmaschinen, Elektromotoren und Dynamos ist seit dem Frieden bedeutend gestiegen. Mit Kriegsende besserten sich auch die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. Während im Frieden in Oberschlesien ständig Mangel an Bergleuten geherrscht und der Krieg diese Lage noch bedeutend verschärft hatte, ging 1922 das Angebot an Arbeitskräften über den Bedarf hinaus, trotzdem die Gesamtbelegschaft sich auf 50% über dem Stande von 1913 hielt.

Leistungsaufwand:

a. Leistungsfähigkeit.

Es gilt zu untersuchen, welche Einflüsse während und nach dem Kriege auf die physischen Kräfte der Arbeiterschaft eingewirkt haben. Dabei spielen die Gesundheits- und Ernährungsverhältnisse und die Arbeitsdauer die größte Rolle. Die Berichte der Bergrevierbeamten bezeichnen den Gesundheitszustand der oberschlesischen Bergarbeiter bis in die letzten Kriegsjahre als leidlich. Abgesehen von Grippeerkrankungen und Fällen von Ruhr blieb der Bezirk von Epidemien verschont. Erst 1921 wird der Gesundheitszustand „allgemein befriedigend“ genannt.

Um den Einfluß der schlechten Ernährungsverhältnisse in den letzten Kriegs- und ersten Friedensjahren zu beurteilen, muß man die Menge der Sachwerte ermitteln, die sich der Arbeiter mit seinem Lohn kaufen konnte, d. h. die Höhe seines Reallohns feststellen. Es wurde die Steigerung der Löhne verglichen mit der Preissteigerung, die die wichtigsten Konsumtionsgüter in der gleichen Zeit durchgemacht haben. Hierbei wurden die Reichsindexzahlen verwandt. Um sie mit den Löhnen in Beziehung setzen zu können, wurden auch für die Löhne Verhältniszahlen aufgestellt, bei denen der Durchschnitts-Hauerlohn des Jahres 1913 gleich 1 gesetzt wurde. Die Differenz dieser Zahlen mit dem Reichsindex wurde in Prozenten des Lohnindex berechnet und graphisch dargestellt. Die Kurve zeigt bis in die letzten Monate 1920, daß die Löhne stark, im März bis zu 50% unter dem Lebenshaltungsindex geblieben sind. Erst im Oktober holen sie auf, und dieses Schwanken behält die Kurve bis 1924 bei. In den letzten Monaten 1923 schwankt die Kurve von einem Monat zum andern um 50% und mehr. Es war hier die Berechnung der Löhne in Goldmark nicht möglich, da die Verwaltungen die in einem Monat ausgegebene ganze Lohnsumme in Rechnung stellen, während von 1922 an dreimal im Monat Lohnzahlungen stattfanden.

Diesen Berechnungen des Reallohns wurde der sogenannte Nettolohn zugrunde gelegt. Hier sind die Zuschläge für Ueberarbeiten sowie Hausstands- und Kindergeld inbegriffen. Nicht berücksichtigt sind die Realwerte, die der Bergarbeiter erhält. Zuerst ist die Deputatkohle zu nennen. Der Bergmann erhält so reichlich Kohle, daß er nicht nur seinen eignen Bedarf völlig decken kann, sondern in der Regel noch von dieser Kohle, die ihm unentgeltlich geliefert wird, verkauft. Während des Krieges wurden von den Werksleitungen Lebensmittelvorräte beschafft, die teils zum Selbstkostenpreise, teils darunter abgegeben wurden. Nach der Revolution hörten bei sich immer mehr bessernden Ernährungsverhältnissen die Zuschüsse allmählich auf. Soweit die Bergleute nicht in den den Werken gehörenden Häusern wohnten, wurden Wohnungsgeldzuschüsse gewährt. Durch die Tarifverträge waren die Verwaltungen verpflichtet, jedem Bergarbeiter Urlaub von 3—10 Tagen jährlich zu gewähren und in dieser Zeit den Lohn weiter zu zahlen. Diese Beihilfen zusammen betrugen 1921 auf den Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft, berechnet auf die Schicht, 9% des Bruttolohns.

Neben der wirtschaftlichen Lage spielt die Arbeitsdauer für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit eine ausschlaggebende Rolle. Auf diesem Gebiet sind seit dem Kriege die wichtigsten Veränderungen vor sich gegangen. In der Vorkriegszeit war die Schichtdauer in Oberschlesien nicht gleichmäßig. Sie betrug im Durchschnitt von 12 Bergwerken bezw. Berginspektionen 9¼ Stunde unter Tage, 8—10 Stunden über Tage und 10—10½ Stunden beim Maschinenbetrieb (einschl. Pausen). Durch die Gewerbeordnung wie durch die Berggesetzgebung waren zum Schutze der Arbeiter verschiedene Einschränkungen der Arbeitsdauer vorgesehen (der Sonntagsarbeit, der Arbeit an heißen Orten). Schon im Laufe des Krieges war auf mehreren Gruben die 8-Stundenschicht eingeführt worden, ehe sie im November 1918 für alle festgesetzt wurde. Im Mai 1919 wurde die Untertageschicht auf 7½ Stunden verringert.

Um einen Ueberblick zu gewinnen, wieviel Zeit der Bergarbeiter ungefähr beschäftigt ist, muß man außer der regelmäßigen Schicht auch noch die verfahrenen Ueberschichten bezw. Feierschichten betrachten. In Gesamt-Oberschlesien war 1921 der Anteil der Ueberschichten an der Gesamtschichtzahl 7,7%, in Deutsch-Oberschlesien 1922 8,6%, 1923 7,6%. Von größerer Bedeutung sind damit verglichen die entgangenen Schichten: sie betrugen in denselben Jahren 15,5; 9,3; 12% der Gesamtschichtzahl.

b. Leistungswilligkeit.

Den ersten Anhaltspunkt für die Würdigung der Leistungswilligkeit gibt die Zahl der Schichten, die wegen entschuldigten und unentschuldigten Feierns (nicht wegen tarifmäßigen Urlaubs) versäumt wurden. Ihr Anteil betrug 1921 36,8%, 1922 44,1%,

1923 32,5% aller entgangenen Schichten. Der Anteil der Ausstände betrug in derselben Zeit 23,5; 2,4; 30,7%. Im Mai-Juni 1921 fand der große Aufstand statt, der politischen Gründen entsprang.

Während vor dem Kriege das Verhältnis des oberschlesischen Bergarbeiters zu seinem Werk ein durchaus gutes war, haben nach dem Kriege Verhetzungen von deutscher und polnischer Seite sein Mißtrauen geweckt, sodaß er seinen Vorgesetzten feindselig gegenübersteht. Diese Einstellung zu Werk und Leitung ist um so weniger begründet, als der Bergmann schon seit vielen Jahren eine Vertretung in dem Arbeitsausschuß hatte, der durch das Betriebsrätegesetz noch weiter ausgebaut worden ist. Der Bergarbeiter hat nun auf die Leitung des Werkes einen größeren Einfluß als bisher.

Ist hierdurch eine Möglichkeit gegeben, den Bergmann an dem Gedeihen des Werkes unmittelbar zu interessieren, so stellen die Lohnbemessungsmethoden ein Mittel dar, um durch in Aussicht gestellte Lohnerhöhung seine Leistungswilligkeit zu heben und damit die Produktion zu fördern. Im Bergbau gibt es Gedingelohn und Schichtlohn. Ersterer ist wie der Akkordlohn veränderlich nach der Leistung des Arbeiters. Die Festsetzung der Normalleistung bietet beim Bergbau die größten Schwierigkeiten und gibt unaufhörlich Anlaß zu Streitigkeiten. Gedingelohn wird überall da vereinbart, wo dem Arbeiter ein wirklicher Einfluß auf seine Leistung zusteht, also nur bei der eigentlichen Kohlegewinnungsarbeit unter Tage. Da hier Hauer und Füller nebeneinander arbeiten und auf einander angewiesen sind, vereinigt man mehrere Hauer und Füller unter einem Ortsältesten zu einer Gedingekameradschaft. Neu war in der tariflichen Regelung die Festsetzung eines festen Grundlohnanteils, zu dem dann ein veränderlicher Gedingelohnanteil trat. Diese Vereinbarung entsprach einem alten Bedürfnis der Bergarbeiter.

Für die Masse der Schichtlohnarbeiter ist durch die Form der Lohnbemessung keinerlei Anreiz zu gesteigerter Tätigkeit gegeben. Man ist aber 1922 dazu übergegangen, den Verheirateten und Familienvätern eine Sonderzulage in Form eines Soziallohns zu geben, um die älteren und besonnenen Elemente zu stärken. Der Soziallohn besteht aus Hausstands- und Kindergeld.

Leistung.

Einen Ueberblick über die geleistete Arbeit gibt die Kurve des auf den Kopf der Belegschaft entfallenden Förderanteils. Er wurde berechnet nach der Friedensleistung in derselben Zeit, also umgerechnet auf 7½ Stunden. Er stieg 1916 um 4,2% über den Friedensstand, 1919 sank er auf 51,5% des Friedensstandes. Bei einer Zunahme der Belegschaft von 19,7—51,6% in den Jahren 1919—1923 schwankte die Förderquote zwischen 48—45% der Friedensleistung.

Ergebnis.

Es gilt nun, die tatsächliche Einwirkung der geschilderten Leistungsfaktoren auf die Leistung des oberschlesischen Bergarbeiters darzulegen. Bei den betrieblichen Verhältnissen ist nach den schwierigen Kriegszeiten langsam eine Wendung zum Bessern eingetreten. Die technischen Anlagen sind weitgehend verbessert und die Leistung der Maschinen erhöht worden, wenn auch nicht in dem Maße, wie es vor dem Kriege beim Bergbau die Regel war.

Der Einfluß, den die Lohnhöhe auf die Leistung haben kann, ist bestimmt durch die Höhe des Reallohns. Dieser hat dem Bergarbeiter im Durchschnitt nicht dieselbe Lebenshaltung wie im Frieden ermöglicht. Er ist durchschnittlich um einige Prozente hinter der allgemeinen Teuerung zurückgeblieben. Dafür haben die Verwaltungen mehr als im Frieden wirtschaftliche Beihilfen gewährt. Man kann also sagen, daß die Leistungsfähigkeit des Bergarbeiters gegenüber dem Frieden nur wenig nachgelassen hat, zumal die Schichtzeit verkürzt worden ist. Die starken Schwankungen in der Höhe des Reallohns haben nur einen ganz geringen Einfluß auf die Förderquote ausgeübt. Dieser Einfluß ist so gering, daß die Meinung aufkommen kann, daß die Arbeiterschaft sich auf ein bestimmtes Maß der Leistung eingestellt hatte, über das nicht hinauszugehen sie entschlossen war.

Im Gegensatz zur Wirkung der Lohnhöhe läßt sich ein leistungssteigernder Einfluß der Lohnbemessungsmethode des Gedingelohns nachweisen. Die Leistung der Hauer bleibt 1922—1923 der Friedensleistung um 10% dauernd näher als die Leistung der übrigen Belegschaft unter Tage. Unter dieser, unter den im Schichtlohn arbeitenden Arbeitern, müssen sich also die Elemente befinden, welche die Förderquote belasten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit war schon lange vor dem Kriege angestrebt worden unter dem Gesichtspunkt, daß in kürzerer Zeit nicht nur dasselbe, sondern sogar mehr geleistet werden sollte als bisher. Wenn einzelne Arbeiterführer von der Einführung des Achtstundentages eine Besserung der Arbeitslosigkeit versprachen, so verkannten sie damit die Voraussetzungen, unter denen er erstrebt wurde. Diese Voraussetzungen sind bisher nicht eingetroffen.

Brentano weist für den Fall, daß eine Arbeitszeitverkürzung keine Steigerung der Leistung bringt, darauf hin, („Arbeitszeit und Arbeitslohn nach dem Kriege“ S. 20—21), in welchem Grade das geistige und sittliche Niveau der Arbeiterschaft ausschlaggebend sind und wie günstig es auf die Arbeitswilligkeit wirkt, wenn der Arbeiter aus „dem Schlendrian des Herkommens in Bedürfnissen und Leistungen“ gerissen wird. Beim Stande der Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege deckt

Oberschlesien seinen Bedarf an Arbeitskräften zu einem größeren Teil als früher aus dem Lande selbst. Daß bei dem Zuzug polnischer Arbeiter keine Kräfte ins Land kommen, die durch besonderen Eifer die Kameraden zu größeren Leistungen anspornen, läßt sich denken.

Wenn man sieht, daß der oberschlesische Bergarbeiter seine Arbeitszeit nicht in der Weise ausgenutzt hat, wie es vielfach erwartet wurde, drängt sich die Frage auf, in welcher Weise er die gewonnene freie Zeit verbringt. Die Berichte der Bergrevierbeamten bekunden einstimmig, daß durch reichliche Ueberlassung von Pachtland an Arbeiter einem dringenden Bedürfnis abgeholfen habe und daß diese Arbeiter ihre freie Zeit mit der Bestellung ihres Ackers zuzubringen pflegten. Es treten aber hier dieselben Klagen über das Verhalten der Jugendlichen und der jüngeren Arbeiter auf, die seit dem Kriege so oft laut wurden. Von einer Anwendung der freien Zeit zu weiterer Ausbildung und Fortbildung ist nach diesen Berichten nichts bekannt geworden. Es scheint mit der Schicht von 7 1/2 Stunden schon ein Punkt erreicht zu sein, wo bei dem geistigen Niveau des Oberschlesiers die freie Zeit nicht Erholung bewirkt, sondern mit einem Nichtstun ausgefüllt ist, das die Kräfte erschlaffen und den Arbeitswillen sinken läßt. Es ist ein Punkt erreicht, wo die Verkürzung der Schichtdauer den Werksverwaltungen keinen Ertrag mehr bringt und wo die Kohlenproduktion sinkt.